

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküttler u. der Arbeiterschaft in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal RM. 3

Erscheint jeden Mittwoch
Redaktionsschluss Sonnabend nachm. 3 Uhr

Insertionspreis pro lediggehaltene Nonpareillezelle 50 Pig., für Zählstellen 30 Pig.

Die Aufstellung von Arbeiterkontrollräten.

Nach dem § 875 der Reichsversicherungsordnung sind die Berufsgenossenschaften berechtigt und auf Verlangen des Reichsversicherungsamtes verpflichtet, technische Aufsichtsbeamte in der erforderlichen Zahl anzustellen, um die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen und von den Einrichtungen der Betriebe Kenntnis zu nehmen, soweit dies für die Zugehörigkeit zur Genossenschaft oder für die Einordnung in die Gefahrenklasse von Bedeutung ist. Als solche Beamte können auch Personen angestellt werden, die früher den versicherten Betrieben als Arbeiter angehört haben. Welche Personen sich nun als technische Aufsichtsbeamte eignen, darüber hat sich das Reichsversicherungsamt früher mehrfach ausgelassen. Nach seiner Ansicht sollten hierzu grundsätzlich nur Personen mit einer abgeschlossenen technischen Bildung bestellt werden. Sie sollten befähigt sein, in allen auf die Auslegung und Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften sowie auf die berufsgenossenschaftliche Zugehörigkeit der Betriebe und das Gefahrtarifwesen bezüglichen Fragen in maßgebender Weise als Sachverständige aufzutreten. Bei Beratung der Reichsversicherungsordnung erklärte sich ein Regierungsvorsteher denn auch gegen die Anwendung des zweiten Satzes des § 875: „Die Anstellung solcher früherer Arbeiter passe für viele Verhältnisse durchaus nicht, und daher sei ein allgemeiner gesetzlicher Hinweis auf diese ohnehin gegebene Möglichkeit kaum angemessen.“ Ein Antrag, daß mindestens ein Drittel der technischen Aufsichtsbeamten als Arbeiter beschäftigt gewesen sein müßten, wurde im Reichstag abgelehnt.

Darüber, ob sich viele Arbeiter finden werden, die in allen auf die Auslegung und Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften usw. bezüglichen Fragen sachverständig sein werden, gehen die Meinungen der Sachverständigen auseinander. In seinem letzten Jahresbericht nimmt auch der Leiter des technischen Aufsichtsdienstes der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft — Oberingenieur Urban — zu dieser Frage Stellung. zunächst weist er darauf hin, daß er von jeher mit aller Scharfe und Strenge für die Bekämpfung der Unfallgefahren in den Betrieben, für rücksichtlose Anwendung der Strafbestimmungen zur Erzielung besserer Verhältnisse auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und für die Aufdeckung aller Schäden, die sich im Laufe der Jahre auf dem genannten Arbeitsgebiete herausgestellt haben, eingetreten sei. Dies haben nicht nur die bei Beratungen über die Jahresberichte teilnehmenden Arbeitervorsteher, sondern auch wir in unserer Zeitung wiederholt anerkannt, ihn auch ersucht, in der bisherigen Weise fortzufahren. So berechtigt nun auch die Forderung der Arbeiter an und für sich ist, Kontrollbeamte dem Arbeiterrade zu entnehmen, so fälschlich wäre es nach Urban — im eigenen Interesse der Arbeiter — diesem Wunsche ganz allgemein für alle Gebiete des Arbeiterschutzes, besonders auf dem der technischen Unfallverhütung Rechnung zu tragen. Zur Durchführung der zum Schutz der Arbeiter erlassenen Unfallverhütungsvorschriften, speziell der technischen Unfallverhütung, sind allgemeine technische Kenntnisse erforderlich, und wenn diese reine Überwachungstätigkeit vielleicht auch bei einigen Betriebarten, wie Bergwerken, Steinbrüchen, Fuhrwerkswesen, Bauarbeiten und dergleichen, von Facharbeitern nicht nur ebenso gut, sondern in vielen Fällen vielleicht sogar besser als von Studierenden Ingenieuren ausgeübt werden kann, so müsse man sich trotzdem davor hüten, die Plakatverordnung dieser Feststellung auf alle Betriebszweige auszudehnen und nun die Arbeiter ohne weiteres als geeigneter zur Anstellung für den Überwachungsdienst anzusehen als den Techniker. Arbeiter aus Bäckereien oder ähnlichen Berufen können sehr

wohl bis zu einem gewissen Grade die Durchführung allgemeiner Unfallverhütungsvorschriften, Gewerbehygiene, Gewerbeordnung usw. überwachen, aber sie sind nun und immer in der Lage, die rein technische Unfallverhütung, also Schutzvorrichtungskonstruktionen usw., zu beurteilen und zu begutachten, Tragfähigkeits- oder Dampfdruckberechnungen vorzunehmen oder die Sicherheitsvorschriften im Aufzugsbau, der Elektrizitätserzeugung usw. zu kontrollieren. Es wird dann auf die Gefahr hingewiesen, die dem Gebiete der technischen Unfallverhütung und den Arbeitern selbst dadurch entstehen würde, wenn nicht sachkundige Personen Schutzvorrichtungskonstruktionen an gefährlichen Maschinen begutachten oder mangelhafte Schutzvorrichtungen für ausreichend erklärt. Eine Anstellung von Arbeitern als technische Aufsichtsbeamte ganz allgemein bloß aus dem Grunde vorzunehmen zu wollen, weil sie Arbeiter sind, müßte der wirtschaftlich ernstgemeinten Unfallverhütung zum Schaden gereichen.

Herr Urban willt dann auch die Frage auf: Was geschieht aber nun, wenn der bei der Berufsgenossenschaft tätige, aus dem Arbeiterrade entnommene Aufsichtsbeamte vom seinen früheren Arbeitsgenossen nicht mehr als Arbeiter, also ihresgleichen, anerkannt wird, zumal die berufsgenossenschaftlichen Aufsichtsbeamten gewöhnlich sind, vorkommendenfalls auch gegen Arbeiterratsanträge zu stellen? Bekanntlich können wegen Übertretung der Unfallverhütungsvorschriften nicht allein Unternehmer, sondern auch Arbeiter bestraft werden. Wenn nun der Berichterstatter in der Anstellung von Arbeiterkontrollräten zur unmittelbaren Überwachung der technischen Unfallverhütung bei der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft keinen Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes erblickt kann, so ist er doch weit davon entfernt, die Mütterwirkung des Arbeiters an der Unfallverhütung der Berufsgenossenschaft etwas ausschalten zu wollen. Würde zum Beispiel in Zukunft jeder Betrieb mit einer Beschäftigtenzahl von ungefähr 5 bis 10 Personen an außerhalb eines solchen dem Arbeiterschutz dienenden und der Fabrik angehörenden Arbeiterrat erhalten, der den revidierenden technischen Aufsichtsbeamten bei Betriebsrevisionen zu begleiten hätte, und der diesen auf im Betrieb bestehende Mängel aufmerksam macht, dann müßte eine derartige nach jeder Richtung hin ausbaufähige Einrichtung der Unfallverhütung zum allergrößten Vorteil gereichen. Die Einrichtung der Arbeiterräte würde es mit sich bringen, daß von ihnen nicht nur den technischen Aufsichtsorganen beratend an der Hand gegangen wird, sondern die Arbeiterräte würden auch fruglos in der Lage sein, bei den Arbeitern selbst dasjenige Verständnis für den Gebrauch von Schutzvorrichtungen zu wecken und die zur Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften notwendige Aufmerksamkeit anzurecken, die unbedingt erforderlich ist, um dem Unfallschutz zu einem vollen Erfolg zu verhelfen. Eine Lösung, wie die des Zusammenarbeits von Arbeiterrat und technischen Aufsichtsbeamten müßte nach Ansicht des Berichterstatters von beiden Seiten dem Versicherungsträger, der Berufsgenossenschaft, sowohl als auch vom Versicherer, dem Arbeiter, angekreidet werden. Ganz selbstverständlich müßte hierbei sein, daß Hand in Hand mit diesem Vorschlag des Zusammenarbeits zwischen Arbeiter und Berufsgenossenschaft auch eine solche Arbeitsgemeinschaft mit den in Frage kommenden Staatsbehörden in die Wege geleitet werden müßte.

Herr Urban geht also davon aus, überall den richtigen Mann an den richtigen Platz zu stellen. Für die Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft hält er den aus den Reihen der Bäckerei- oder Zuckerwarenarbeiter hervorgegangenen Arbeiterkontrolleur nicht für den geeigneten Mann, die technische Unfallverhütung, also Schutzvorrichtungskonstruktionen usw., zu beurteilen und zu begutachten, jener Tragfähigkeits- oder Dampfdruckberechnungen vorzunehmen oder die Sicherheitsvorschriften im Aufzugsbau, der Elektrizitäts-

erzeugung usw. zu kontrollieren. So erwünscht die Anstellung von Arbeiterkontrollräten im allgemeinen wäre, so kam man die Urbanschen Einwände für die Nahrungsmittelindustrie doch schlecht widerlegen. Vielleicht prüfen unsere Kollegen die von U. gemachten Vorschläge — Arbeiterräte zur Untersuchung des technischen Aufsichtsbeamten — einmal reiflich. Die Hauptsache ist die, daß der technische Aufsichtsdienst in guten Händen liegt. Und das ist zweifellos bei Herrn Urban der Fall. Gelingt es nun in Zukunft noch, ihn durch die Einrichtung der Arbeiterräte weiter zu unterstützen und auf alle in den Betrieben sich zeigenden Mängel aufmerksam zu machen, dann wird dies der Unfallverhütung nur zum Vorteil gereichen. Die in Vorschlag gebrachten Arbeiterräte dürfen auch von den Berufsgenossenschaften anerkannt werden; denn wie sie ihrer Pflicht, für die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zu sorgen, nachkommen wollen, bleibt ihnen zum größten Teil überlassen. Sie dürfen sich dazu aller zweckmäßigen Mittel bedienen. Die Einrichtung der Arbeiterräte für alle Betriebe von 5 bis 10 Versicherten ist schließlich auch mehr geeignet, das Interesse der Versicherten selbst an den Unfallverhütungsbestrebungen zu beleben wie die Anstellung von einem oder zwei Arbeiterkontrollräten als Aufsichtsbeamte für die ganze Berufsgenossenschaft. Auch das wolle man bei Beurteilung dieser Frage mit erwägen.

mg.

Ausklaf des Konditorgehilfsvereins in Oberhausen.

Auch die Konditorgehilfen von Oberhausen haben eingesehen, daß, wenn sie unter menschenwürdigen Verhältnissen leben wollen, sie sich erst solche Lebensbedingungen erlangen müssen und daß dieses nur durch Anslauf an eine frivole Organisation erfolgen kann. Pur hellen Freude für die Prinzipale gibt es allerdings für die wichtigen Konditorzünften, die im Berufe Arbeit finden können, mehrere Organisationen. Drei davon waren auch in Oberhausen bekannt und sie wurden zu einer Vereinsversammlung geladen, um ihre Ziele kennen zu lernen. Wer die Wahl hat, hat die Wahl! Schon hatten die „Magdeburger“, die gleich zu zweien herbeigeeilt waren, den Verein zum Anslauf bewegen, und auch Brimbor, Eben, vom Christlichen Nahrung- und Getreidemitarbeiterverband hatte sich im Schweife seines Eingeuchs abgemeldet, die Kollegen zu gewinnen. Aber sie hatten beide ja eigentlich etwas anderes erreicht, nämlich sie haben die Konditorgehilfen zum selbständigen Denken gebracht. Nachdem diese das Gehörte richtig überlegt hatten, kam ihnen nicht nur zum Bewußtsein, daß sie mit dem Anslauf an das Magdeburger Verbandchen eine Durstigkeit gemacht hatten, es trat ihnen auch die Schwäche der Zerplitterung der Gesellschaft klar vor Augen. Der Verstand jagt Ihnen, wenn sie etwas erreichen wollen, dann muß der einheitlich organisierten Prinzipalen eine einheitliche Phalanx der Gesellen gegenüberstehen. Die Arbeitgeber sind nicht so dumm, daß sie sich Christlich-Hirsch-Dunderlich oder Magdeburgisch organisieren, sondern sie organisieren sich einheitlich; ergo ergibt sich für die Gesellen die Notwendigkeit, daß sie das gleiche tun. Gejagt, getan. Sie lösen sich der stärksten Organisation im Berufe, dem Centralverband der Bäcker und Konditoren, an. In der letzten Generalversammlung wurde nach einem Votum des Kollegen Büttner der Anslauf einstimmäßig vollzogen. Zum Vorsteher der Section wurde Kollege Willi Ehneba zum Kapitän der Kollege Garbach und zum Schriftführer Kollege Spielmann gewählt. Versammlung ist jeden Donnerstag, 8 Uhr, im „Fürsten Bismarck“.

Wenn unsere Gegner immer so gute Arbeit für unsere Organisation leisten, dann können wir sie nur begrüßwünschen. Den übrigen Konditorgehilfen aber rufen wir zu: Macht es wie die Kollegen von Oberhausen. Brüder alles und das Beste behaltet. Schließt Euch der nächsten Betriebsorganisation an! Weist den zerplitterten Gehilfenorganisation die Flir. Dann wird der gesammelte Prinzipalorganisation bald die gesuchte Gebundenorganisation gegenüberstehen und letztere als gleichberechtigter Faktor im Wirtschaftsleben anerkannt und ihren berechtigten Forderungen entsprochen werden müssen. Ihr habt die Magie in Händen, wenn Ihr nur eintig seid!

Eine Darüberarbeitung in der Kunstschönigindustrie.

Zwischen dem Arbeitgeberverband der Kunsthonig-Fabrikanten und unserer Organisation ist eine Tarifvereinbarung getroffen worden, die der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiterschaft eine Reihe Verbesserungen ihres Arbeitsverhältnisses bringt. Es sind Mindestlöhne von 65 S bis M 1,90 vorgesehen; die Arbeitszeit beträgt täglich 8 Stunden (einschließlich einer Essenszeit von 80 Minuten), an Sonntagen 7½ Stunden; bezahlt werden jedoch wöchentlich 47½ Stunden. Bei Altordarbeit ist ein Mehrverdienst von 25 p. Bt. gegenüber den Grundlöhnen garantiert; Ferien werden nach 1 Jahr Beschäftigungsdauer 3 Tage, nach 2 Jahren 6 Tage und nach 5 Jahren 10 Tage gewährt. Hinsichtlich des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches werden als nicht erhebliche Zeitschreie: Bei einer Beschäftigungsdauer von 3 Monaten bis 1 Jahr 3 Tage, von 1 bis 3 Jahr 1 Woche, über 3 Jahr 2 Wochen, über 5 Jahr 3 Wochen und über 10 Jahr 4 Wochen. Der Vertrag ist bis zum 20. November 1920 abgeschlossen; es steht aber bei Veränderung der Wirtschaftslage beiden Tarifparteien frei, bezüglich der Löhne und Arbeitszeiten neue Verhandlungen zu beginnen.

Der Verband der Freien Vereinigungen deutscher Büchermeister

lagte am 20. und 21. August in Dresden. Er besägte sich hauptsächlich mit der Bewegswirtschaft und der Mechanik sowie mit der Organisation des Handwerks und fasste hierzu folgende Beschlüsse:

Zusammenfassung und Lager bringen folgende Resultate:

Gut frage der Zwangsbewirtschaftung erklärt der Verbandstag, daß in der Lebensmittelversorgung die Bewirtschaftung und Bereitstellung der Rohmaterialien an die Bäckereien durch die Kommunalverbände das heite ist, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchgeführt werden kann.

Die verhammelten Delegirten beironnen die sofortige Aufhebung der Wirtschaftsbeschränkung als eine schwere Gefahr für das Handwerk. Solange die Rohstoffproduktion nicht in ausreichender Menge vorhanden sind, würden im freien Handel die kapitalistischen Kaufleute und Großbetriebe alle verfügbaren Gebäude an Mehl, Kohle und vergleichbaren an sich reichen. Durch Abschaffung und Kaufverträge die kommende Ernte mit Weidung belegen und die wirtschaftlichen Handwerksbetriebe dadurch in ihrer Existenz unmöglich machen. Die Auslieferung der Kleinen an das Großkapital, die dadurch eintreten würde, darf und kann von einem Handwerker nicht selbst gestoppt werden. Den Wünschen und den Forderungen des Kaufmannsclubs für freie Nahrungsmittelwirtschaft ist deshalb aufzurücksichtigen.

Um die durch die kommunale Bewirtschaftung der Nahrungsmittel zugeige getretenen Schäden und Nachstellende in Zukunft zu vermeiden, fordert der Verbandstag, daß industrielle Betriebsfolgen bei der Regierung und der Errichtung der Meßanerien fest als bisher zurückgezogen werden.

*
Der 4. Verhandlungstag der freien Vereinigung deutscher Ledermeister erkennt mit Genehmigung an, daß die jahrelangen Bemühungen der freien Vereinigungen, wie Nacharbeitszeit, Sonnabendruhe und Regelung der Arbeitszeit vollständig erfüllt sind. Der Verhandlungstag begrüßt es vor allem, daß in der Frage der Tarifverträge der Innungsverband „Gremium“ umgelenkt hat und bereit ist, in der Arbeitsgemeinschaft gemeinsam mit den Käufleinnehmern für den Zweck einzutreten zu werden.

Zweiter heißt der Verbandsstag die weitere Tätigkeit der freien Vereinigungen und des Berufsbüros betreffen für zahlreiche neuwendig. Die wichtigen Geherbe- und Berufstage der konstituierenden Zeit werden noch mehr ihre bisherige Fortschrittsliche Tätigkeit innerhalb der Panzererhebung erlösen.

Die im heutigen Zeit der allgemeinen Freiheit der
Ausschreitungen und der geleglichen Verhinderungen
Festigkeit der Prinzipienmänner zuvorfeind getrieben.
Der Verlust mit Nachdruck in erster Linie die Aus-
schreitung der Elementartheorie verhindern.

Entfernung der Gewerbeordnung entziehen.
Der Senatsklausur ist zur Wahrung der Errungen-
heiten der Vereinigungen und Erzielung weiterer Re-
chte zu mit entscheidendem Gewicht im Interesse des ge-
sozialen Fortschritts die Vollkommenheit der Verfassung der Freien

Der Verhandlungserfolg von 2% des Betriebes von
Bremen nach Berlin und die Einigung der Befor-
derungsgesellschaften, Berlin, Auguststraße 16, zu
berichten.

त्रिवेदी शिल्पी राम शर्मा विजयगां

Es kann auf Basis einer Reaktion mit dem Elektrum
eine sehr schnelle und zuverlässige geologische und
geometrische Orientierung ermöglichen und erlaubt
die Anwendung der Georeferenzierungsmöglichkeiten nicht mehr

Die F. d. F. Gruben, jüdzl. ist ein sehr altes Bergwerk befindet sie sich am unteren Ende des Hohenfelsgruben-Zweigs mit der Grubenzahl 100 und einer Stütze von 1000 t. Es hat eine Fläche von 1000 m² und eine Höhe von 100 m. Die Grube ist eine kompakte Struktur aus Kalksteinen und Sandsteinen mit einem dichten und festen Gesteinsschicht. Sie ist eine der ältesten Gruben im Gebiet und hat eine lange Geschichte. Sie wurde zuerst von den Römern gegründet, dann von den Franken und später von den Sachsen besiedelt. Heute ist sie eine der bekanntesten und ältesten Gruben im Lande.

Macht Frieden!

Macht Frieden, Ihr Genossen! Beendet das Gesetz,
die Reih'n zum Kampf geschlossen für Freiheit und für Recht!
Wie könnt den Feind Ihr zwingen, fehlt euch die Einigkeit.
Drum: Einheit eurem Singen, die Bruderhand bereit!
Die Zwietracht fort, die Schlimme, die eure Reihen stört.
O, hört die Friedensstimme, o, Arbeitsbrüder, hört!
Kur im Zusammenschlusse Siegt Stärke, Siegt die Kraft;
laßt es euch nicht verdrießen, die neue Einheit schafft!
Nicht gegen eigne Brüder die Waffen mehr gefüllt,
den alten Feind schlägt nieder, der alle gleich bedrückt!
Ihn gilt es zu bekriegen, für den nur das Geschos.
Ihn müssen wir besiegen samt seinem ganzen Trost.
Drum noch einmal, Genossen! Au' spi das herrissne Band,
die Reihen fest geschlossen, reicht euch die Bruderhand!

mit allen Mitteln, wie Kollege Solbrig, Dena, es sich denkt. Wir wollen zunächst uns die Schwierigkeiten durchdenken, welche die Errichtung der modernen Gemeindebäckerei auf den Kleinbetrieben mit sich bringt. Wenn die Kollegen meiner, daß die neue moderne Bäckerei alle im Beruf beschäftigten Kollegen sofort übernehmen kann, so glaube ich, befinden sie sich im Irrtum. Wie soll eine mit allen technischen Schülern ausgerüstete Bäckerei so viel gelernetes Personal beschäftigen, wie 100 Handbetriebe. Was ist die Folge? Arbeitslosigkeit und Ruin unseres Handwerks und die wenigen, welche in der modernen Bäckerei Beschäftigung finden, sind Arbeitsssklaven der Allgemeinheit und ihre Kräfte werden bis aufs letzte ausgesaugt, denn die klassifizierten Betriebe sollen rentabel und vorteilhaft arbeiten, sonst haben sie keinen Zweck. Jede Minute muß berechnet und ausgenutzt werden, und wer schon jetzt einmal in einem solchen oder ähnlichen Großbetrieb gearbeitet hat, der wird wissen, warum man sie als Knochenmühle bezeichnet. Sämtliche andern Berufe und ihre Verbände betwerten eine solche Ausbeutung der Menschen und wir Bäder wollen uns selbst dazu verurteilen? Ich möchte die Kollegen fragen, worum? Was aber soll mit den übrig bleibenden Kollegen werden, was mit den Lehrlingen? Wir sollen leichtere Beschäftigung und Anleitung zur Praxis erhalten, wenn das Brot in einem Betrieb hergestellt wird in dem nur Gesellen sind und die Meister nur das Gebäck verteilen? Am Ende sind 96 Kleinbetriebe (einschließlich eines Genossenschaftsbetrieb mit 115 Zentner Weichenverbrauch und 6 Gesellen), der Wochenumsatz beträgt zirka 40 000 Kreise à 4 Pfund 300 Gramm; insgesamt werden beschäftigt jetzt von diesen 96 Betrieben 36 Gesellen und 79 Lehrlinge. Bixia 120 Gesellen sind arbeitslos. Wir soll hier eine Gemeindebäckerei einen Ausgleich schaffen.

joll hier eine Gemeindebäckerei einen Ausgleich schaffen? Auch möchte ich behaupten, daß die Volksgesundheit unter einer Kommunalisierung leidet; denn jeder Konsumennt muß dann mit der Ware vorlieb nehmen, welche ihm dergereicht wird und kann nicht seiner Gesundheit entweder trauen. Auch kann bei einer Massenproduktion dem Bäckerejahr nicht die ihm gebührende Aufmerksamkeit gewidmet werden, die erforderlich ist, um ein einwandfreies Produkt herzustellen; denn in der und der Zeit müssen Kunden viel ferriggeschellt werden. Wir Bäcker wollen aber der Allgemeinheit mit gutem, leidkr verbaulichen Brotdiensten. Dann bezweifle ich auch die hygienischen Vorteile solcher Großbetriebe. Da in solchen während der Arbeitszeit kein anderer Zutritt haben kann, als die darin Beschäftigten (sonst würde der Betrieb gestört werden), so fehlt hier die Kontrolle, während ein Kleinbetrieb unter dauernder Aufsicht der Konsumennt steht. Besonders jetzt da mir am Tage gearbeitet werden darf! Was aber kommt aus der Brotbäckerei werden? Am Ende sind zirka 1000 Brotbäckereien pro Woche, also ein Viertel der Gesamtabbrauchsmenge; soll dies den Kleinbetrieben verbleiben, so hat eine Vergemeindung obsoleten Vorteil, höchstens große Nachteil; denn die Konsumennt würde mehr gern

Ich möchte daher vertheidigen, daß die Kommunalisierung eines Teils der Roppe zu schlagen und dafür zu sorgen, daß mit der Allgemeinheit in dieser Form genug schwere Be-
gutes und sozialbedürftiges Brod liefern können, auf das un-
gefährliches Gott sich wieder erhöhe zum Verteil des Stu-
gemeinschaftsbrodes! Mit wollen bei der Regierung vorfallen
werden, damit den Kaufmännischen größere Stadtbeauftragte
zugebilligt werden, damit diese verhindern können, daß
ich einzelne auf Kosten unentbehrlicher Arbeitsträger "Sch-
linge" bereitstelle! Rethner ist losse ich vor, daß eine Kom-
mission einberufen wird, um welche Vertreter sämtliche
Gesellschaften des Reiches sowie ausländische Organisationen
vertreten, einzurufen, ehemalige und Kabelgänger und Kapitän-
smeier, anzuhören. Diese Konferenz soll sich nur in
der Steuerverteilung unseres Staates beschäftigen und
könnte kommen mit weiter, und natürlich ich noch vorschlagen
wollt für die Befreiungen nach den Kommunen darüber
Bestimmung setzen, wie die braue Masse über die Steuer-
verteilung kommt. In öffentlichen Versammlungen soll
man zu mir Eure Wünsche nehmen.

*

Schollege Geimpf. Lauf. begründet seine teilweise
Gegnerhaftigkeit gegen die Sozialisierung im wesentlichen so:
„Ich kann den Ausführungen des Kollegen Solbrig
nicht ganz folgen, denn er hat ja gar nicht damit
gefordert, dass wir einen Kürzen mit Schellen haben haben
und beraten müssen wir doch zu allererst binden. Denn wo
mehr als die Sozialisierung, wenn wir nicht wissen, wie
mit der Kettie haben haben? Nun, jetzt werden da
soziale Angestellte, haben Zuerstellung, bestimmten Ge-
halt und werden nach Jahrzehnten, freuen Ersuchen
Büdertischien in den Rücksicht verzieht. Koljntümp-
ferungen mit auch nicht mehr zu führen (vielleicht lösbar)

wir es gar nicht mehr); denen der Water Staat bezahlt ja seine Angestellten ganz gut, also wird auch unsere Organisation überflüssig werden. Wer zögert da noch und tritt nicht für die Sozialisierung ein, wenn uns eine so gute Lebensstellung offensteht? Kollegen, wir wollen die Sozialisierung aber einmal von der andern Seite betrachten! Wir kämpfen doch für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Ist das die Brüderlichkeit, wenn wir tausende unserer Berufsgenossen wieder ins Elend stürzen, nachdem sie sich ihre Gefallenjahre geplagt und jeden Pfennig gespart haben, von einmal auf eigenen Füßen stehen zu können? Ausgenommen sind natürlich die Herren Brotfabrikanten, wie überhaupt alle, welche ein Geschäft führen und nicht selbst die Lehrlings- sowie die Gesellenzeit in unserem Berufe durchgemacht haben. Wenn wir schon sozialisieren, dann sollen wir eine Grenze bilden zwischen den Großbetrieben als zur Sozialisierung reifen Betrieben und den kleinen Meistern. Wenn es aber nicht anders geht, so daß alle Betriebe sozialisiert werden, dann trete ich ein für Entschädigung der kleinen Betriebe unter genauer Beachtung der Vermögensverhältnisse. Soviel kann ich jedoch jetzt schon sagen, daß, wenn keine Konkurrenz mehr da ist, unser Handwerk immer tiefer sinken wird. Die Arbeitslosigkeit wird dann ganz erschreckende Formen annehmen; denn das durch, daß viele Betriebe zu einem großen Werke zusammengelegt und die technischen Anlagen kolossal vergrößert werden und die Handarbeit gar nicht mehr nötig ist, werden viele, viele menschliche Kräfte durch Maschinen ersetzt und dadurch überflüssig. Ich glaube nicht zu hoch gegriffen zu haben, wenn ich sage, daß die Hälfte bis zu Dreivierteln aller Bäcker dann arbeitslos werden, denn wir müssen noch die Meister dazu rechnen, welche dann ebenfalls Stellung in der staatlichen Bäckerei finden werden, weil es zum privatizieren wohl bei der Hälfte nicht langt. Und der Staat wird dann diejenigen wieder bevorzugen, welche selbst schon Meister waren und wir werden wieder zurückgedrängt. Somit haben wir unsere jetzigen Krauter als Vorgesetzte. Mit dem Wandern oder sich die Welt beschauen ist es dann auch für immer vorbei, ja, man darf nicht einmal dahin, wo man gern hingehie, sondern man muß dahin, wo man von der hohen Direktion hinverzeigt wird. Bist Du aus der staatlichen Bäckerei entlassen, was wohl auch kommt, sei es, daß Du Dich mit den Vorgesetzten nicht vertragen kannst oder Dir die zugewiesene Arbeit nicht gefällt, oder was es sonst noch für Gründe gibt, dann brauchst Du nicht zu denken, daß Du an einem andern Ort wieder in die staatliche Bäckerei kommst. Hast Du einmal „in den Staat gehauen“, dann bist Du für immer aus dem Berufe entlassen. Ein Streik wird dann schon unmöglich gemacht werden, das hat man schon dieser Tage erfahren, wie der Staat als Unternehmer mit seinen Arbeitern verfährt, als die Eisenbahner streikten. Und das jetzt mit einer sozialistischen Regierung. Wie wird es erst nach einigen Jahrzehnten? Man kann doch jetzt schon merken, daß die Meaktion mit aller Macht einsetzt und sie wird mit der Zeit auch wieder Siege erringen, dazu verhilft ihr schon unsere große Uneinigkeit.

Daß wir in sozialisierten Betrieben vielleicht ein wenig besser bezahlt werden, mag sein, aber das erreichen wir doch auch, wenn wir alle einig sind. Ja, ich bin sogar der Ansicht, daß unsere Verhältnisse ohne Sozialisierung noch viel besser werden, wenn wir nur einig sind. Wir können an die Spitze aller Berufe kommen, denn unser Handwerk hat den meisten Absatz und kann daher auch am besten bezahlen, nur gehört Einigkeit und nochmal Einigkeit dazu. Warum schleppen wir hinter andern Berufen her? Weil bei uns keine Einigkeit herrsche und die Revolution uns erst etwas zur Befinnung brachte. Aber es stehen noch viele fern, zumal in den ländlichen Bezirken, da müssen wir ratslos bestrebt sein, bis auch der letzte unserm Verbande angehört, dann haben wir die Macht in Händen. Wenn erst wieder in unserm Berufe vollkommene Freiheit herrscht und die Zwangswirtschaft ihr Ende hat, dann blüht nicht nur der Weizen der Unternehmer, nein, unser kann auch besser blühen, dazu brauchen wir nur Einigkeit unter uns. Es könnte ja schließlich in einigen Großstädten der Versuch gemacht werden, indem man einige große Brotfabriken sozialisiert und einige Jahre betreibt. Wenn der Versuch günstig ausfällt, dann könnte immer noch ein Schritt zur weiteren Sozialisierung getan werden.

*

Hollege Bernhardt, Lausa (Dresden): Ach meine, die Sozialisierung ist gut für das Berg- und Hüttenwesen und sämtliche zu Millionen steigende Großbetriebe, aber für die Kleingewerbe sollte man es noch unterlassen; welcher Beruf ist gleich. Das Kleingewerbe ist überhaupt zur Sozialisierung noch nicht reif. Wenn Hollege Solbrig schreibt: „Nieber mir den Kleinbäckereien“, so weiß ich nicht, warum er solch einen Haß gegen die Kleinbäckereien hat. Ich bin ein alter Geselle geworden, habe aber mein Brot stets in kleineren und mittleren Betrieben gefunden, außer einigen Wushilfen in Konsumbäckereien und Großbetrieben, wo es mir aber nicht behagte. Ich habe einen Laden gefunden in den Großbetrieben; dann der Arbeit angemessen, bekommen die Kollegen heute noch weniger Lohn, als der Kleinmeister willig ist zu bezahlen. Und das andere sieht man aus den langen Tarifverhandlungen; um ein paar Pfund Lohnzuzuglage über Lohn möchte erst ein Schiedsgericht zusammentreten. Nun das nennt man dann soziale Einrichtungen. Abgesehen von den Nebentätigkeiten, wie sie in den „Smochenmühlen“ Ausdruck mancher Kollegen jerrsäen. Das sollte Solbrig auch zu denken geben. Wenn mal ein Meister nicht zufrieden wollte, wegen Lohn, machte man eben was. Aber nach der Sozialisierung hört die Freizügigkeit auf, denn sonst geht man schließlich der famosen Pensionklasse verlustig, und wie die Einrichtungen alle heißen werden. Ich bin durchaus kein Freund der Meister, wenigstens vieler nicht; denn ich habe immer auf anständigen Lohn gehalten, auch wo kein Verband früher helfen konnte, wie es jetzt ist. Aber doch es durch die Sozialisierung auch für uns Gehilfen schlechter wird, liegt für mich hier auf der Hand. Und ich glaube, eine Überwiegender Rehrzahl der Kollegen wird mir recht geben; denn eines Mannes Wrede ist keine Wrede, man muß sie hören alle drei. Auch fürchte ich, daß durch eine allgemeine Sozialisierung der Betriebe und Einrichtungen in Deutschland, bevor nicht auch in allen andern Ländern soziali-

siert wird, wie einen wirtschaftlichen Niedergang erleiden, aus dem wir uns nicht wieder erholen können. Denn es wird dann jeder seine 8 Stunden ab und dann ist es gut. Und je mehr ein Volk in seiner freien Entwicklung gehemmt wird, desto stumpfsinniger wird es. Eine Sozialisierung für uns allein, das brächte uns dem Abgrund näher. Über warum jetzt gerade den kleinen Gewerben so an den Fragen gehen? Und zudem haben wir ja eine Republik und eine demokratische Staatsregierung, die nun die Mittelständler schon fortwährend ein bisschen unter die Lupe nehmen und bei evigem Nebengewerben eins auf die Hände geben. So zum Beispiel, wenn sie an dem Nachbarverbot tütteln wollten usw. Ich bin also dafür, sämtliche Kleinbetriebe von der Sozialisierung fernzuhalten, bis es später einmal kommen wird und muss. Aber man kann der übermäßigen Konkurrenz etwas auf die Finger sehen, und zwar schon bei Neubauten, wo in jedes Schaus eine Bäckerei hineinkommt. Es darf so sein; auf jeden Bäcker kommen jährlich viel tausend Einwohner, das wäre eine Einrichtung. Nun, wie können es nicht ändern, aber die Sozialisierungskommission mag nur mit Überlegung arbeiten, ehe sie das Kind mit dem Bad ausschüttet. Ich wollte nur dem Kollegen Solbrig antworten, weil er es zu eilig hatte.

Wenn denn dort tritt sofort die gesamte Arbeiterschaft mit in die Forderungen ein, und es ist darum schwerer, Forderungen der Bäcker durchzuführen. Als Facharbeiter haben sie aber doch wohl das Recht auf höhere Bezahlung. Abzuraten bleibt, wie gesagt, ob der Forderung noch nachgekommen wird; aber es ist noch einmal ein Punkt, der der Bezahlung wert ist, ob wir, die wir 3 bis 4 Jahre das Handwerk erlernen müssen, immer auf einer Lohnstufe mit den Angelernten stehenbleiben müssen. In den Verhandlungen hörte man immer die schöne Ausrede von Einheitslöhnen; aber wo bestehen die denn im Betriebe? Darum ist es uns unverständlich, daß wir nicht als Facharbeiter bewertet werden sollen, wie es doch vorläufig noch überall üblich ist. Deshalb, Kollegen im Betriebe, besteht darauf, daß Ihr als Facharbeiter bewertet und auch als solche entlohnt werdet!

Den Gefahren und Entbehrungen auch den schweren finanziellen Verlust dieser Kriegsjahre auf sich nehmen müssen. Es sei deshalb billig, daß nun diesen zurückgebliebenen Kriegsteilnehmern, die seither nur auf die Arbeitslosenunterstützung angewiesen sind, Gelegenheit geboten wird, durch Arbeitsverdienst wenigstens während eines gewissen Zeitraumes ihr Einkommen zu verbessern. Die Errichtung des 24 Kriegsaushilfshof hat somit in der Weise zu erfolgen, wie sie vom Arbeitsamt in Verbindung mit unserer Zahlstellenleitung und dem Arbeitsausschuß der Konsumbäckerei angeordnet worden ist.

Korrespondenzen.

Aus der Rheinpfalz. Nachdem der Friede geschlossen ist und damit die Möglichkeit, Versammlungen hier im besetzten Gebiet abzuhalten, erleichtert wurde, beginnt es auch bei uns allmählich sich zu regen. Unsere Pioniere in Ludwigshafen bearbeiten zurzeit die ganze Pfalz und überall finden sie lebhafte Interesse für unsere Bestrebungen. Im Konsumverein Ludwigshafen, wo gegenwärtig rund 60 Kollegen beschäftigt sind, ist das Arbeiterverhältnis geregelt. Dort werden zurzeit Wochenlöhne von M 95, M 101 und M 104 gezahlt. Anders steht es in den Kleinstädtchen, wo noch Wochenlöhne von M 12 und M 14 zu verzeichnen sind. Die Lehrlingszüchterie steht in hoher Blüte. Die Zahl der Lehrlinge übersteigt die der Gehilfen um das Doppelte. In mehreren öffentlichen Versammlungen wurden diese Zustände besprochen und die Organisationsleitung beauftragt, unverzüglich Schritte einzuleiten, die geeignet sind, eine Besserung herbeizuführen. Eine Tarifvorlage ist bereits an die Innung abgegangen, desgleichen auch in Frankenthal. In Landau ist eine große Militärbaubereich; dort sind 80 Kollegen beschäftigt und sie gehören fast restlos der Organisation an. Eine Bewegung zur Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen ist eingeleitet. In Kaiserslautern, wo bis zum Ausbruch des Krieges bereits eine Zahlstelle bestand, konnten wir am 17. August wieder die erste behördlich genehmigte Versammlung abhalten, die gut besucht war. Kollege Heßler referierte über "Die Lage der Bäckergesellen in der Vergangenheit und der Gegenwart" und erntete reichen Beifall mit seinen Ausführungen. 20 Kollegen traten der Organisation bei. In der Diskussion fanden recht nette Dinge zur Sprache. In den meisten Betrieben wird noch 12, ja sogar bis zu 14 Stunden gearbeitet. In der Großküche Reinhardt gibt es zwölfstündige Arbeitsarbeit. Lehrlingszüchterie ein groß. Allgemein war man der Ansicht, daß hier rasch Abhilfe geschaffen werden muß; eine diesbezügliche Resolution fand einstimmige Annahme. Auch in der Fabrikbranche geht es vorwärts. Die Kollegen und Kolleginnen in den Teigwarenfabriken in Ludwigshafen, Kaiserslautern und Waldorf gehören restlos der Organisation an. Unsere Bemühungen, für diese Betriebe den Reichtarif für die Teigwarenindustrie einzuführen, hatten den Erfolg, daß heute die im Tarif festgesetzten Mindestlöhne gezahlt werden. Die Tarifzulagen zu bezahlen, weigern sich die Fabrikanten noch, dabei jedoch mit Beginn des neuen Wirtschaftsjahrs dieses zugestellt. Die Arbeiterschaft dieser Betriebe hatte unter außergewöhnlich niedriger Bezahlung zu leiden. Stundenlöhne von 30 a und 30 b waren bis vor kurzem noch zu verzeichnen. Alles in allem: es geht vorwärts. Die Pfälzer Kollegen wetteifern heute mit den Kollegen rechts des Rheins um Erringung zeitgemäßer Lohn- und Arbeitsbedingungen, und der Geist, der sie bestimmt, gibt uns begründete Hoffnung, daß ihr Bestreben von Erfolg getragen sein wird.

Berlin. Einen guten Besuch hat die am 21. August tagende Versammlung aufzuweisen. Die neue Zeit und die Zukunft des Bäcker- und Konditorvermögens wurde das Thema, worüber Kollege Buttner uns offen sprach. Ein der Hand der wirtschaftlichen Entwicklung zugehörig ist in allen Menschen Veranlagung. Gegenseitigkeit ist einstimmiges Vertrösten. Inner anderem kann et sich von der Brüderlichkeit zu sprechen, die vom Zweckverband Witten gegen die Kommunalisierung herausgeschlagen wurde, die Gemeinderat Düsseldorf verbreitet hat. Überholt hat es die wie die Leidenschaft einer Schädigung keinen. Es geht der Verfasser irgendwie über die Krebszellen im Betriebe hinweg und glaubt im alten Geist die Geschäftsführer möglicherweise abschrecken zu können. Auf dem Posten der Bäckerdereigungsleitung da können wir uns freuen. Da werden wir gemeinsam der Vollzugsaufsicht dienen, wie in jedem Betrieb nützliche aufzuhende Arbeit verrichten. Gern mit man aus über die Geschäftsbereitung vor, ganz natürlich wie den Kampf auf. Wir sind ebenso wie früher die Arbeiterschaft, solange aber unsere Arbeit nicht ausgedehnt, mit Bäckerei- und Konditorapparatur und anderen zu können, solange kann von einer Arbeit, welche nicht die Arbeit kann. Wenn die Arbeit nicht ausreichend, daß es Ihnen ernst ist mit der Zukunft des Handwerks. Aber auch jenen Kollegen, die der Entwicklung des Wirtschaftslebens vorauseilen, insbesondere denen, die die in der Entwicklung zurückgebliebenen Betriebe, wie der Zentralverband, zurückholen und nur in großer Wirtschaftlichkeit können, rufen wir zu: Als Gewerkschafter haben wir zu tun, um die Gemeinderatsherrarbeit zu verteidigen. An der Gegenwart müssen wir die Grundlagen für die Zukunft schaffen. Die plausiblere Arbeit des Vorstandes und einige junge eifrigen Vertreterensleute zeigen sich schon im Verhandlungsbereich und in den gemachten Aufnahmen. Noch sind es der Arbeiter zu wenige. Wenn die andern Kollegen diese wenigen tatkräftig unterstützen, dann wird es auch in Witten gelingen, die Kollegen restlos der Organisation zuzuführen. Darauf, nicht von radikalen Reden, hängt das Tempo der Entwicklung ab. Das Werk der Befreiung kann nur das Werk der Unterdrückten sein! Deshalb ruht die Zukunft.

Wiesbaden. Am 15. August verhöhnte ein bei uns organisierte Kollege, daß ein Lehrling nach beendeter Schicht von einem "meisterfreien" Gehilfen wegen nicht schnell genug erfolgten Herstellung eines Gebäcks geprügelt wurde. Der "meisterfreie" Gehilfe namens Kirsch verpeste unsern Kollegen beim Arbeitseifer Alfred und rast dann auf die ärgerliche Weise. Am andern Tage

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Verbandsvorstand nach den Bestimmungen im § 11 Absatz 2 des zurzeit geltenden Reichstags für die Beschäftigten in den Genossenschaftsbäckereien diesen Vertrag gekündigt hat. Dem Centralverband deutscher Konsumvereine ist mitgeteilt worden, daß wir ihm zu gegebener Zeit eine neue Vorlage zugehen lassen werden.

Für Köln a. Rh. wird ein Agitationsbeamter gesucht.
Bedingung: Gute rednerische Begabung, Fähigkeiten in der Führung von Verhandlungen mit den Unternehmern sowie Kenntnisse in allen Agitations- und Kassenangelegenheiten. Bewerber müssen mindestens 3 Jahre Mitglied unserer Organisation sein. Besuche sind sofort, spätestens aber bis 19. September dieses Jahres, an den Verbandsvorstand einzureichen.

Auf Antrag der Zahlstelle Bremen wird die Genehmigung erlaubt, dort vom 1. September an auf die Beiträge von 50 und 80 Pf einen Lokalschlag von 10 Pf, auf die von 100 und 180 Pf einen solchen von 20 Pf zu erheben. Die Beiträge von 20 und 40 Pf für Lehrlinge bleiben frei.

Dem Mitgliede Herrmann Biel in Bremen, eingetroffen am 22. September 1912 (Buch-Nr. 40223), wurde sein Mitgliedsbuch gestohlen. Das Buch wird hiermit für ungültig erklärt und unsere Funktionäre werden erachtet, bei Vorzeigung das selbe einzuziehen und an die Zentrale einzufinden.

Der Verbandsvorstand.
V. A.: Jos. Dietrich, Vorsitzender.

Aus den Bezirken.

Ginden. Die Adresse des Vorsitzenden der neu gegründeten Zahlstelle lautet: Edo Bruns, Larrett bei Ginden, die des Kassierers: A. Utena, Ginden, Uphusser Landstr. 64. Das Verkehrslokal befindet sich im „Friesenhof“, am Neumarkt.

Katibor. Die Adresse des Kollegen Adolf Pannier ist jetzt: Katibor, Salzstr. 5, 2. Et.

Sterbetafel.

Merseburg. Ernst Beiner, 52 Jahre alt, am 3. August.

Ehre seinem Andenken!

Schabebewegungen und Blicke.

Bäcker.

Die Schabebewegung in Braunschweig ist am 15. August mit einem sehr guten Erfolge erledigt worden. Der Lohn, der früher M 45 und 50 betrug, ist auf M 85 und 90 erhöht worden. Nebenstunden werden mit 10 Pf. Sonntagsarbeit wird mit 100 Pf. Aufschlag verlangt. Die Forderung ist mustergültig verlaufen. Die Kollegenschaft im allgemeinen einmütig hinter der Forderung, und die, die noch ferngeblieben sind, werden wie jetzt mit allen Mitteln davon überzeugen, daß es mit einem geben kann: kein in der Verbund, damit das Erreichte dauernd noch verbessert werden können. Die Forderungen sind von der Innung aus bei Gewerberat v. d. L. sehr restlos unterstützt worden. Auch die Fabriken haben volgedrungen diese befriedigten Forderungen, unterschrieben müssen. Es sind also endgültig 90 Pf. Lohnerhöhung erreicht worden; dieses muß natürlich jedem Kollegen zu der Erkenntnis bringen, daß wir die Einigkeit solche Erfolge zeitung. Darum hoch die Solidarität!

Nur eines ist hier bedenkelhaft. Der Betrieb, der sonst so fortschrittlich in allem war, nämlich der Allgemeine Konsumverein, sieht heute ganz anders aus. Doch hatten die Kollegen die Forderung von M 100 pro Woche gestellt; aber die Betriebsleitung weigerte sich, diese geringe Erhöhung gegenüber den Kleinbetrieben zu zahlen. Eine Einigung ist noch nicht erfolgt, und bei den Verhandlungen ist mit keinem weiteren Arbeitet worden, die manchmal beleidigend für die Beschäftigten waren, so daß schwerer Protest dagegen eingezogen wurde. Ob es noch zu einer Einigung kommt, bleibt abzuwarten. Der Betrieb erklärte, nicht mehr zahlen zu können, und die Beschäftigten bestehen auf ihrer wohl nicht unterschätzten Forderung. Es liegt allerdings in der Eigenart des Betriebes mit, daß so etwas vorkommen

Konditoren.

Streik in Leipzig. Aus Leipzig wird uns berichtet: Am 28. August haben unsere Konditoren den Streik beschlossen. Unsere Lohnforderung, M 80, M. 100 und M. 120 Wochenlohn zu gewähren, hatte die Innung nach achtwöchiger Verhandlung abgelehnt und wollte nur als Höchstlohn M. 100 und für Verkehrsrate M. 110 geben. Die Meister waren jetzt nicht wenig erstaunt, als ihre Gehilfen die Backstube verließen. Die Herren hatten jedenfalls geglaubt, daß die Gehilfen noch dieselben bedürfnislosen Menschen gesäßt sind wie einst. Die Herren haben aber die Rechnung falsch gemacht. Abgesehen von einigen wenigen, haben die Kollegen am ersten Streitag, ihren Mann gestellt. Am Ende des Vormittags haben mehrere Geschäfte, darunter auch größere, den Tarif anerkannt. Am Nachmittag sollte eine Verhandlung der Lohnkommission mit der Innung stattfinden. Mehrere Geschäfte wurden von der Lohnkommission bereits besucht; sie erklärten, daß die Forderungen nicht zu hoch und auch berechtigt seien. Einige gaben ihre Verwunderung Ausdruck, daß es wegen dieser Forderungen zum Streik gekommen ist. Es ist uns unverständlich, wer eigentlich die Herren gewesen sind, die den Beschluss in der Innung fassten, unsere Forderung abzulehnen. Die Kollegen werden alles ausbüten, um ihre Forderung durchzudrücken. Hoch die Solidarität! Weiterer Bericht folgt.

Zus aus dem Bernfe.

Konditorei.

Kostensatz von Kriegsaushilfsherrn mit arbeitslosen Kriegsteilnehmern in den Bäckereibetrieben Frankfurt a. M. Eine wichtige Entwicklung hat der Schiedsgerichtsausschuss in Frankfurt a. M. unter dem Vorsteher des großen Landkreises erfolgt. Hier die Vorsteher den zahlreichen Betrieben zugeschlagen, daß dem Kreis großzügig Bäckereibetrieben zu liefern, was das vorliegende Unternehmen mit der Zahlstelle unijes Verbands und dem Arbeiterschaftsrat der Frankfurter Konsumkasse vereinbart, den dort teilweise seit 5 Jahren bestelligen 24 Kriegsaushilfsherrn in Gruppen von je 4 Monaten gesetzlichen Zwischenabstand zu fördern und dafür einerseits Bäckereigebäuden, die von Kriegsbeschädigten und anderen ehemaligen Soldaten, die von einer Arbeitlosigkeit leidende, zu liefern. Wegen die Arbeitlosigkeit, soll es zeigen, daß es Ihnen ernst ist mit der Zukunft des Handwerks. Aber auch jenen Kollegen, die der Entwicklung des Wirtschaftslebens vorauseilen, insbesondere denen, die die in der Entwicklung zurückgebliebenen Betriebe, wie der Zentralverband, zurückholen und nur in großer Wirtschaftlichkeit können, rufen wir zu: Als Gewerkschafter haben wir zu tun, um die Gemeinderatsherrarbeit zu verteidigen. An der Gegenwart müssen wir die Grundlagen für die Zukunft schaffen. Die plausiblere Arbeit des Vorstandes und einige junge eifrige Vertreterensleute zeigen sich schon im Verhandlungsbereich und in den gemachten Aufnahmen. Noch sind es der Arbeiter zu wenige. Wenn die andern Kollegen diese wenigen tatkräftig unterstützen, dann wird es auch in Witten gelingen, die Kollegen restlos der Organisation zuzuführen. Darauf, nicht von radikalen Reden, hängt das Tempo der Entwicklung ab. Das Werk der Befreiung kann nur das Werk der Unterdrückten sein! Deshalb ruht die Zukunft.

Wiesbaden. Am 15. August verhöhnte ein bei uns organisierte Kollege, daß ein Lehrling nach beendeter Schicht von einem "meisterfreien" Gehilfen wegen nicht schnell genug erfolgten Herstellung eines Gebäcks geprügelt wurde. Der "meisterfreie" Gehilfe namens Kirsch verpeste unsern Kollegen beim Arbeitseifer Alfred und rast dann auf die ärgerliche Weise. Am andern Tage

